

und Konsum- oder Wohnbaukrediten ohnehin saftige Profite. Dennoch lassen die Kreditinstitute sich jeden Handgriff bezahlen, den sie nicht nur für die Kunden, sondern auch im eigenen Interesse tätigen.

Teure und unübersichtliche Konten

Das trifft speziell auf die Kontoführung zu. Laut Europäischer Kommission werden in Österreich dafür pro Jahr rund 140 Euro verrechnet; in Deutschland sind es 89, in Belgien 58 und in den Niederlanden 46 Euro. Dafür bescheinigt die EU den österreichischen Konten aber besondere Unübersichtlichkeit bei Ausweisung der Gebühren.

Zur Melkkuh der Finanzhaie werden alle Bankkunden, die den leicht verfügbaren Überziehungsrahmen der Girokonten in Anspruch nehmen. Dafür werden bis zu 14 Prozent Zinsen verrechnet, was auf den Kontoauszügen diskret verschwiegen wird. Für viele Menschen ist das der Schritt in die Schuldenfalle. Wer den Rahmen voll ausschöpft, muss für den Zinsdienst mit dynamisch steigenden Bankschulden rechnen, die mit den laufenden Einkünften kaum mehr zu tilgen sind.

Braucht nur Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit, auch wenn sie kurzfristig ist, dazukommen, um die Misere Perfekt zu

Kontogebühren

AK-Konsumentenschützer

Harald Glatz: „Verbraucher werden bei Bankgeschäften oft von teuren Nebengebühren und unerwarteten Kosten überrascht.“ Das gilt besonders für die Nebengebühren bei Krediten sowie für die Kontoführung. Die Zinsen für Kontoguthaben und Überziehungen gelten als verhandelbar. Vorsicht ist bei der Bareinzahlung von Erlagscheinen geboten – das kann teuer werden!

machen. Lohn- oder Gehaltspfändung sind die Folge. Oft empfehlen Banken Umschuldungen, die noch teurer als die Überziehungszinsen sind. Die Zugehörigkeit zu den rund 300.000 schwer verschuldeten Privathaushalten ist so vorprogrammiert.

Gesetzliche Gebührenobergrenzen und eine amtliche Regulierung der Konto-Überziehungszinsen in einer fairen Höhe wären eine Lösung. Schon deshalb, weil der Leitzins für Banken nur 1 Prozent beträgt.



Privatkonkurs

Lebenslänglich in Österreich

Ein Privatkonkurs ist in Österreich möglich, jedoch für viele durch eine zu hoch angesetzte Quote nicht zu erreichen. Das führt unter anderem dazu, dass selbst Hilfsorganisationen die Hilfe verweigern.

Die Restschuldbefreiung bei Privatkonkursen ist in Österreich ein ungelöstes Problem. Während in Großbritannien eine Restschuldbefreiung schon nach einem Jahr und in Deutschland nach 6 Jahren – ohne Wenn und Aber – möglich ist, gilt in Österreich „lebenslänglich“. Denn wenn in sieben Jahren die Quote von 10 Prozent nicht erbracht werden kann, leben alle Schulden von Neuem auf. Eine Gesetzeslücke, die dringend repariert gehört. Die steirische KPÖ bemüht sich derzeit in einem Musterverfahren um die Abschaffung der Hürde.

MEINUNG

Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Abgeordnete im Landtag

Wir zahlen nicht für eure Krise!



Vor einem Jahr ist die Finanz- und Wirtschaftskrise in der Steiermark spürbar geworden. Kündigungen, Kurzarbeit und Lohnverzicht stehen seitdem in vielen Betrieben an der Tagesordnung. Ein Bankenhilfspaket in der Höhe von 100 Milliarden Euro wurde von der Bundesregierung geschnürt. PolitikerInnen sprachen vom Sparen (ausgenommen in den eigenen Reihen) und von Konjunkturpaketen, welche die Wirtschaft wieder ankurbeln sollen.

Dabei schien man darauf vergessen zu haben, dass Menschen, die keine Arbeit mehr haben oder plötzlich weniger Lohn, nicht in der Lage sind, mit ihrer Kaufkraft zum Wirtschaftswachstum beizutragen.

Mittlerweile sprechen WirtschaftsexpertInnen von einem „Aufwärtstrend“, den offensichtlich nur die Hauptverursacher der Krise wahrnehmen. Wie ist es denn sonst möglich, dass sich

Banker und Manager bereits wieder fleißig Boni auszahlen lassen, während die Mehrheit der Bevölkerung noch immer unter den Auswirkungen leidet?

Die ArbeitnehmerInnen brauchen sehr wohl eine Arbeitszeitverkürzung, aber mit vollem Lohnausgleich! Damit würde die Kaufkraft erhalten bleiben und neue Arbeitsplätze könnten geschaffen werden. Gleichzeitig muss es zu einer Umverteilung von oben nach unten kommen. Wir müssen für Gerechtigkeit sorgen, z.B. mit der Einführung einer Reichensteuer.

Ansonsten müssen weiter die Lohnsteuerpflichtigen alle Lasten auf sich nehmen und die Superreichen reiben sich die Hände. Das ist mehr als ungerecht. Wir zahlen nicht für eure Krise!

Claudia Klimt-Weithaler
0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

KLEIN, ABER MIT BISS



Wer die Wand nicht sieht, auf die er zusteuert, dem gehört der Führerschein entzogen! Das ist eine wichtige verkehrspolitische Maßnahme, die auch für die Bahn gilt!

INHALT

Postenschacher verhindert.....	4
Strom muss billiger sein.....	6
Zuviel Steuer auf harte Arbeit ..	7
Eisenbahner bespitzelt	8
FPÖ-Sumpf in Buwog-Verkauf...9	
Mehr Geld für Bürgermeister ..	10
Glücksspiel: Schutz ade?	10
KPÖ: Vor Ort für Sie da	15
Allerhand aus Stadt und Land ..	16
Preiskrieg an Milchfront....	16/17
Mehr Lohn: Kaufkraft stärken..	18
Magna frisst Opel	18/19
Sozialmärkte boomen	20
Rezept gegen die Krise	21
Teure Lebensmittel	24